

Nicht gegen Projekt gestellt

Leserbrief: Unterschriften schaden

WN/OZ vom 10. Februar

Es gibt weder Gegner des Gemeindehauses noch einen beschlossenen Vorschlag dazu, wie auch hier wieder in den Raum gestellt. Denn die Vorgaben des Auslobungstextes für den Architektenwettbewerb, insbesondere die der Sichtbarkeit der Kirche und des Ensembleschutzes aus denkmalschützenden Gesichtspunkten, wurden weder im Siegerentwurf noch in mindestens zwei weiteren Entwürfen eingehalten.

Aus welchen Gründen diese Architektenentwürfe von der prokiba, die mit der Auslobung beauftragt war, und vom Oberkirchenrat zum Wettbewerb überhaupt zugelassen wurden, ist überhaupt nicht nachvollziehbar. Weder die Mitglieder der Initiative „Gemeindehaus Laudenbach“ noch ich selbst haben sich jemals gegen das Projekt Gemeindehaus gestellt.

Wir alle setzen uns im Sinne vieler Betroffener nachdrücklich für ein Gemeindezentrum ein, allerdings nicht an der derzeit geplanten Stelle und auch nicht mit dieser Außenanmutung. Mangels Gesprächs- und Kompromissbereitschaft seitens der Kirchenverantwortlichen blieb der Initiative schließlich nur noch das als „schadend“ beanstandete Sammeln von Unterschriften für ein Bürgerbegehren als wirksames demokratisches Instrument. Auch die von Herrn Zimmermann genannten „ausufernden Kosten“ haben einen ganz anderen Hintergrund.

Sie hängen nämlich mit den bereits oben genannten Vorgaben zusammen, von denen eine die Bausumme von 1,7 Millionen Euro (mit Kirchenrenovierung) ist, die nicht überschritten werden darf, jedoch dann innerhalb von sechs Wochen nach Auftragsvergabe vom Architekten ohne Planänderung bereits um 600 000 Euro erhöht wurde.

Der Leserbriefschreiber wäre sicher auch nicht bereit, für einen Neuwagen, der ihm für 17 000 Euro angeboten wurde, wenige Wochen später 23 000 Euro zu zahlen. Die große Beteiligung an der Gemeindeversammlung bewies zum einen das Interesse an einem neuen Gemeindezentrum mit notwendigen Räumen für unsere Gemeindegemeinschaft, zeigte aber gleichzeitig auch, dass eine große Anzahl von Menschen teilnahm, die ihre religiöse Heimat nicht in unserer Kirchengemeinde haben, sondern zum Beispiel in der Nördlichen Hauptstraße in Weinheim oder im EC-Verband beheimatet sind, was eine sachliche Feststellung ist und – für mich – noch nie ein Grund für eine Ausgrenzung war.

Rosemarie Schwarz, Ober-Laudenbach